

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 162. Ratssitzung vom 30. Januar 2013**

**3564. 2011/393**

**Interpellation von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom  
26.10.2011:**

**«Occupy Bewegung», gesetzliche Grundlagen für politische Kundgebungen und  
Bewilligungspraxis der Stadt**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 486 vom 18. März 2012).

***Tamara Lauber (FDP)** nimmt Stellung: Die Antwort des Stadtrats fällt widersprüchlich aus, und die Ausführungen sind z. T. sehr unpräzise. Unser Anliegen war es, der Ungleichbehandlung von politischen Grosskundgebungen und Demonstrationen etwas entgegenzuhalten. In einer Demokratie müssen rechtliche Schranken für alle gleichermassen gelten. Es ist die Aufgabe des Staates, für gleich lange Spiesse zu sorgen. Anders als der Stadtrat sind wir klar der Meinung, dass das Verhältnismässigkeitsprinzip ausgereizt wurde. Mit der nicht erfolgten Räumung wurde ein falsches Signal ausgesendet. Es scheint, dass der Stadtrat die Gesetze vergisst, wenn jemand mit der «richtigen» politischen Meinung laut genug auftritt. Der Stadtrat stützt sich auf eine Ausnahmebestimmung – ich hoffe, dass er dies in Zukunft auch so grosszügig tut, wenn es um bürgerliche Anliegen geht. Wenig bis kein Verständnis haben wir für die finanziellen Folgen: Die Sicherheits- und Reinigungskosten wurden nicht einmal anteilmässig den dem Stadtrat bekannten Personen auferlegt. Der Stadtrat gibt zwar vor, alle Gruppierungen gleich zu behandeln, gesteht das Recht, mehrere Wochen unbewilligt und gratis zu demonstrieren bzw. zu campieren, aber nicht allen zu. Wir kommen zum Schluss: Wer sich an die Gesetze hält und für politische Veranstaltungen Bewilligungen einholt, zieht den Kürzeren.*

Weitere Wortmeldungen:

***Linda Bär (SP):** In seiner Antwort hält der Stadtrat die demokratischen Werte unseres Landes hoch, namentlich das Recht auf freie Meinungsäusserung und die Versammlungsfreiheit. Damit hat er den Versuch der FDP, vom Inhalt der «Occupy Bewegung» abzulenken, souverän abgeblockt. Logischerweise will die FDP verhindern, dass auf der Strasse über die wahren Absichten gesprochen wird, die sie mit ihrer Politik verfolgt – nämlich den Reichtum der Oberschicht zu sichern und möglichst zu vermehren. Ihre Befürchtung, dass plötzlich jede politische Bewegung wild demonstriert oder campiert, hat sich auch nicht bewahrheitet. Das liegt vielleicht daran, dass die rechtsbürgerlichen Parteien lieber hinter verschlossenen Türen tagen.*



2 / 2

**Michael Schmid (FDP):** *Wir setzen uns sehr wohl mit den Thesen der «Occupy Bewegung» auseinander. Die Bewegung hat die Missachtung von rechtsstaatlichen, demokratisch festgelegten Spielregeln ans Licht geführt. Die antidemokratischen und antiliberalen Tendenzen wollen wir keineswegs verschweigen.*

**Urs Fehr (SVP):** *Unsere Albisgüetli-Tagung ist eine geniale Veranstaltung, die jedes Jahr ausverkauft ist. Dort werden sogar Bundesräte anderer Parteien beklatscht.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat